zur Sitzung des Rates der Gemeinde Friedeburg am 22.06.2016

TOP 11: Genehmigung Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2016 → GOAR Arians

Die Haushaltssatzung 2016 wurde mit Verfügung vom 22.04.2016 durch den Landkreis Wittmund genehmigt. Genehmigungspflichtig waren die Kreditaufnahmen in Höhe von 3.943.000 Euro und die Liquiditätskredite in Höhe von 5 Mio. Euro.

In der Genehmigungsverfügung des Landkreises weist dieser darauf hin, dass die Genehmigung nur unter Zurückstellung von erheblichen rechtlichen Bedenken erfolgte. Der Ergebnishaushalt 2016 weist einen Fehlbedarf in Höhe von 1,5 Mio. Euro aus. 2015 lag der Fehlbedarf bei rd. 3.5 Mio. Euro. Grund für die hohen Fehlbeträge sind die enormen Schwankungen insbesondere bei der Gewerbesteuer und die damit ein Jahr später zu zahlenden Finanzausgleichleistungen an den Landkreis und an das Land. So betragen die Gewerbesteuerereinnahmen im Jahr 2014 rd. 15 Mio. Euro. In Jahr 2015 sanken die Gewerbesteuerereinnahmen auf rd. 7 Mio. Euro. Bei Steuereinnahmen von insgesamt 12 Mio. Euro mussten 2015 Ausgleichsleistungen von 12,3 Mio. Euro erbracht werden. Trotz einer Überschussrücklage ist nach der Finanzplanung ein Ausgleich des Haushaltsplanes bis 2019 nicht möglich.

Auf folgende wesentliche Punkte machte der Landkreis aufmerksam:

- Die Gemeinde Friedeburg ist in den Haushaltsjahren 2016 bis 2019 nicht in der Lage, die Tilgung für die aufgenommenen Investitionskredite aus dem laufenden Verwaltungsbetrieb zu finanzieren. Demnach hat die Gemeinde Friedeburg keine Eigenmittel für Investitionen.
- Der Schuldenstand bei den Investitions- und Liquiditätskrediten würde sich bis zum Ende des Finanzplanungszeitraumes 2019 auf 10 Mio. Euro belaufen.
- Die Genehmigung der Kreditaufnahme erfolgte nur, weil die Mittel für die Fortführung begonnener Investitionsmaßnahmen und für Investitionen in Aufgabenbereichen, zu denen eine gesetzliche Verpflichtung besteht, benötigt werden. Der Landkreis erwartet im Rahmen des Haushaltsvollzugs, dass sämtliche Investitionsauszahlungen auf ihre sachliche Notwendigkeit geprüft werden mit dem Ziele, von der genehmigten Kreditaufnahme so wenig wie möglich in Anspruch nehmen zu müssen.
- Hinsichtlich der im § 111 NKomVG vorgeschriebenen Rangfolge der Finanzmittelbeschaffung weist der Landkreis unter Berücksichtigung der Ausschöpfung sämtlicher Einnahmemöglichkeiten auf die Erhebung von Straßenausbaubeiträge hin.
- Die durch die Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen erzielten Mindereinnahmen und Minderausgaben haben im Vergleich zu der Finanzplanung 2016 und den tatsächlichen Haushaltsansätzen 2016 nach Ansicht des Landkreises zu keiner Verbesserung der Haushaltssituation geführt.
- Die Bildung von Auszahlungsermächtigungen (früher Haushaltsreste) aus Vorjahren im Investitionsbereich ist sorgfältig zu prüfen. Die Übertragung von Auszahlungsermächtigungen ist nur zulässig wenn deren Finanzierung durch entsprechende Einzahlungen (Einnahmeermächtigung aus Investitionszuwendungen und Kreditermächtigungen) gesichert ist. Die Finanzierung von Investitionen über Liquiditätskredite ist nicht zulässig.

Durch die über dem Landesdurchschnitt liegenden hohen Gewerbesteuerereinnahmen ist die Gemeinde Friedeburg so steuerkräftig, dass sie keine Schlüsselzuweisungen vom Land erhält. Folge ist auch, dass die Gemeinde Friedeburg bei Investitionszuschüssen den niedrigsten Satz von 30 % erhält und keine Investitionszuweisungen nach dem vom Land im letzten Jahr verabschiedeten Investitionsförderungsgesetz erhält.

Aufgrund der stark schwankenden Steuereinnahmen und der hohen Finanzausgleichsleistungen ist die Gemeinde Friedeburg zurzeit nicht in der Lage, ihren Haushaltsplan auszugleichen.

Ein in diesen Fällen gesetzlich vorgesehenes Haushaltskonsolidierungskonzept wurde zusammen mit der Politik erarbeitet.

Entgegen der Meinung des Landkreises tragen die erarbeiteten Konsolidierungsmaßnahmen zu einer Verbesserung der Haushaltslage bei.

So konnten durch die Anhebung der Hebesätze für die Realsteuern Mehreinnahmen veranschlagt werden. Im Bereich der Schulen und Kindertagesstätten wurden die sozialen Leistungen wie Schulsozialfond, Beteiligung an der Mittagsverpflegung oder bei dem Kinderbildungsfond die Zuschüsse gedeckelt. Bei der Unterhaltung und den Ausbau von Gemeindestraßen wurden Standards festgelegt, um so Einsparungen im laufenden Haushalt zu erreichen. Auch sollen insbesondere im Investitionsbereich alternative Finanzierungsformen geprüft werden. Durch die Einführung von Kennzahlen und einem Berichtswesen soll die Wirtschaftlichkeit von Einrichtungen verbessert werden. Im Bereich der laufenden Ausgaben wurden einige Ansätze soweit es möglich war um generell ca. 15% gekürzt.

In der Finanzausschusssitzung am 02.06.2016 konnte bereits in dem Bericht über die aktuelle Haushaltslage eine Verbesserung durch Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer von rd. 1 Mio. Euro festgestellt werden. Dadurch wird der Fehlbetrag reduziert.

In einem noch aufzustellenden Nachtragshaushaltsplan sollen insbesondere die veranschlagten Investitionsansätze überprüft werden, ob sie voll in diesem Jahr ausgeschöpft werden müssen. Dadurch wird eine Reduzierung des Kreditbedarfes erhofft.

Trotz alledem bleibt die Haushaltslage der Gemeinde Friedeburg angespannt. Insbesondere bei Investitionen ist die Notwendigkeit bzw. deren Umfang zu prüfen. Investitionen ziehen Folgekosten nach sich. Insbesondere mit der Einführung der Doppik entsteht im laufenden Haushalt Abschreibungsaufwand, der durch Einnahmen finanziert werden muss. Dieser „zusätzliche“ Aufwand trat bei der kameralistischen Haushaltsführung nicht auf.

Der Gemeinderat hat von der Genehmigungsverfügung des Landkreises Wittmund zur Haushaltssatzung Kenntnis zu nehmen.